NIEDERSCHRIFT Bez/0007/2021

über die Sitzung des **Bezirksausschusses der Stadt Billerbeck** am 26.10.2021 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzender:

Herr Werner Wiesmann

Ausschussmitglieder:

Herr Bernd Kösters

Herr Thomas Schulze Temming

Herr Christoph Ueding

Herr Ralf Flüchter

Frau Maggie Rawe

Vertretung für Frau Dr.
Anne Monika Spallek

Herr Carsten Rampe

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NRW:

Herr Markus Lütke Enking

Herr Timo Schulze Brock

Frau Birgit Schulze Wierling

Herr Dennis Rampe

Herr Matthias Clemens Schürmann

Von der Verwaltung:

Herr Stefan Holthausen

Frau Marion Lammers

Frau Michaela Besecke

Frau Birgitt Nachbar

Schriftführerin:

Frau Ute Höning

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:10 Uhr

Der Vorsitzende Herr Wiesmann stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Wiesmann informiert die Ausschussmitglieder, dass Frau Höning als neue Schriftführerin für die Verwaltung ab 15.10.2021 tätig ist. Die ordentliche Bestellung erfolgt in der nächsten Ratssitzung. Es werden keine Einwände erhoben.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

- 1. Aufhebung des Bebauungsplanes "Windeignungsbereich Osthellermark"**
hier: Aufstellungsbeschluss und Beschlüsse zur frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Frau Besecke erläutert die Notwendigkeit der Aufstellung zur Aufhebung des bestandskräftigen Bebauungsplanes und verweist auf die vorherigen Sitzungen. Eine Aufhebung des Bebauungsplanes macht die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange erforderlich – dies wird ausdrücklich betont.

Auf Nachfrage von Frau Rawe bestätigt Frau Besecke, dass kein neuer Bebauungsplan aufgestellt werden soll. Der alte Plan würde aufgrund von Rechtsmängeln keiner gerichtlichen Prüfung standhalten. Auch für die übrigen Windkonzentrationszonen gäbe es keine Bebauungspläne. Sie erläutert weiterhin, dass Windkonzentrationszonen meist von einem Betreiber initiiert und errichtet werden. Der Betreiber sammelt alle notwendigen Eigentümer der Flächen und regelt das Verfahren untereinander, so dass die Verwaltung dann gar nicht in ein Bebauungsplanverfahren muss. Die Aufstellung eines Bebauungsplanes zur Regelung der Höhenbegrenzung ist ein sehr heikles und kompliziertes Verfahren, da sehr viele einzelne Faktoren betrachtet werden müssen. Dies bedeutet letztendlich, dass es nicht vorgesehen ist, einen neuen Bebauungsplan aufzustellen.

Frau Besecke weist darauf hin, dass die Betreiber eine Verpflichtungserklärung übernommen haben, die eine Höhenbegrenzung auch außerhalb des heutigen Bebauungsplangebietes beinhaltet. Weiterhin erklärt sie, dass aufgrund der Dichte der Wohnbebauung in dem Gebiet selber noch heftigere Restriktionen als bei dem nördlich gelegenen Standort, zu erwarten sind. Die Topographie ist bekannt, d.h. unten in der Talsenke wird auch Keiner ein Windrad bauen. Die Höhenbegrenzung sehe 150 Meter vor, allerdings könne nicht gesagt werden ob es diese Anlagenhöhe für Binnenstandorte in 10 Jahren noch gebe, daher bestünde eine Öffnungsklausel bis 180 m.

Herr Schulze Temming erkundigt sich, ob die vom Betreiber und den Grundstückseigentümern unterzeichnete Verpflichtungserklärung weiterhin Gültigkeit habe bzw. auf einen neuen Eigentümer übergeht bei einer eventuellen Rechtsnachfolge (Verkauf eines Grundstückes). Dieses wird durch Frau Besecke bestätigt und ist in der Verpflichtungserklärung geregelt.

Beschlussvorschlag für den Rat:

1. Für das Plangebiet wird die Aufstellung zur Aufhebung des bestandskräftigen Bebauungsplanes „Windeignungsbereich Osthellermark“ beschlossen. Das Plangebiet liegt südlich des Napoleonweges, angrenzend an die Gemeinde Nottuln in der Gemarkung Billerbeck-Kirchspiel, Flur 27 und umfasst die Flurstücke 34 bis 38, 40, 47 bis 49, 57, 58, 59 tlw., 86, 87, 123 und 135 bis 139 und 167.
2. Der Aufstellungsbeschluss ist gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 Baugesetzbuch ortsüblich bekannt zu machen.
3. Im Verfahren zur Aufhebung des Bebauungsplanes „Windeignungsbereich Osthellermark“ wird die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Nachbargemeinden nach § 2 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

<u>Stimmabgabe:</u>	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7		
Bündnis90/Die Grünen	2		
SPD	2		
FDP			1
Sonstige Bürgermeisterin			

**2. Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 25.11.2020
hier: Antrag von 30 km Hecke innerhalb der Kommunen, Billerbeck,
Havixbeck und Nottuln**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Wiesmann, erinnert an die Beratungen über die Anregung des Imkervereins Havixbeck vor fast einem Jahr. Der Beschluss, die Anregung zu vertagen, bis die Nachbarkommunen zu dem Thema Stellung genommen haben, sei aus formalen Gründen nicht zulässig. Dieses habe der hinzugezogene Städte- und Gemeindebund NRW avisiert. Deshalb stünde die Anregung erneut auf der Tagesordnung.

Herr Holthausen ergänzt, dass es sich heute also um die Vorberatung und die Beschlussempfehlung für den entscheidungsbefugten Ausschuss handelt.

Frau Nachbar berichtet über Gespräche mit Vertretern der Nachbargemeinden Havixbeck, Nottuln und der Bezirksregierung. Beide Kommunen hätten klargestellt, keine Flächen im benötigten Umfang zur Verfügung stellen zu können. So habe die Gemeinde Havixbeck darauf hingewiesen, überwiegend nicht Eigentümer der Wirtschaftswege zu sein. Zudem wolle man zunächst das LEADER-Projekt 2023, welches sich u.a. mit der Schaffung naturnaher Wegränder beschäftigt, abwarten. Auch die Gemeinde Nottuln schätze die Möglichkeiten eher gering ein. Am 01. De-

zember 2021 wird mit der Unteren Naturschutzbehörde und dem Naturschutzzentrum nach möglichen Alternativen zu einer Heckenanpflanzung gesucht.

Das der Erhalt der Artenvielfalt eine bedeutsame Herausforderung sei, zeige die kürzlich stattgefundenene Weltartenkonferenz in China, führt Herr Flüchter aus. Dort habe man sich Gedanken gemacht, wie der Verlust der Artenvielfalt gestoppt werden könne. Er könne nicht nachvollziehen, was in Aulendorf bzw. Langenhorst-Temming durch die Flurbereinigung möglich sei, hier aber ein Problem darstelle. Artenschutz sei eine gesamtgesellschaftliche und somit auch eine kommunale Aufgabe. Ein Rückschritt oder Nichtstun sei nicht akzeptabel.

Herr Schulze Temming entgegnet, ihm würde keine Hecke einfallen, die in den vergangenen Jahren entfernt worden sei. Das Gegenteil sei der Fall. An vielen Stellen seien neue Hecken gepflanzt bzw. Uferstreifen angelegt worden. Er betont, dass keine Wege für weitere Anpflanzungen zur Verfügung stehen.

Frau Rawe hebt hervor, dass man neben dem Flurbereinigungsverfahren weitaus mehr machen könne und müsse. Sie verweist auf das Wirtschaftswegekonzept der Stadt. Dieses weise Wirtschaftswege aus, die ggf. künftig nicht mehr benötigt werden. Dann sei zu klären, welcher Nutzung diese Flächen zugeführt werden. Dies müsse nicht zwangsläufig die Landwirtschaft sein.

Namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt Herr Flüchter die Anpflanzung von Hecken innerhalb der nächsten zehn Jahre in einer Gesamtlänge von mindestens fünf Kilometern im Bereich der Stadt Billerbeck zur Förderung der Artenvielfalt in der Feldflur. Eine Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen Havixbeck und Nottuln wird dabei angestrebt. Die Einbindung in ein LEADER-Projekt wäre sinnvoll.

Frau Lammers gibt zu bedenken, dass die finanziellen Möglichkeiten und die haushaltswirtschaftliche Lage der Stadt beschränkt sind. Ziel muss es sein, weitestgehend Steuererhöhungen zu vermeiden.

Herr Holthausen führt an, dass der Bauhof heute schon erhebliche Flächen zu pflegen hat und auch diese Ressourcen begrenzt seien.

Im Anschluss an die Diskussion lässt der Ausschussvorsitzende zunächst über den Antrag von Herrn Flüchter abstimmen:

Antrag zur Pflanzung von Hecken innerhalb der nächsten 10 Jahre in einer Gesamtlänge von mindestens 5 km im Bereich der Stadt Billerbeck zur Förderung der Artenvielfalt in der Feldflur. Eine Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen Havixbeck und Nottuln wird dabei angestrebt. Eine Einbindung in ein LEADER Projekt wäre sinnvoll.

Herr Wiesmann lässt hierüber abstimmen:

Stimmabgabe:	Ja	Nein	Enthaltung
CDU		7	
Bündnis90/Die Grünen	2		
SPD	2		
FDP			1

Gemäß dem Abstimmungsergebnis findet der Antrag von Herrn Flüchter somit keine Zustimmung.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Der Antrag des Imkervereins Havixbeck e. V. auf Anpflanzung von 30 km Hecke innerhalb der Kommunen Billerbeck, Havixbeck und Nottuln wird abgelehnt.

Die Durchführung von Maßnahmen zum Natur- und Artenschutz sollen weiterhin bei dem zukünftigen Ausbau von Wirtschaftswegen überprüft werden. Sich ggf. anbietende Maßnahmen sind in Abstimmung mit den Grundstückseigentümern durchzuführen.

Sollten sich in dem Termin mit dem Naturschutzzentrum, der Unteren Naturschutzbehörde sowie der Nachbarkommunen evtl. Projektideen bzw. Maßnahmen ergeben, wird hierüber in der nächsten Sitzung des Bezirks- und Umweltausschusses berichtet.

Stimmabgabe:	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7		
Bündnis90/Die Grünen		2	
SPD		2	
FDP			1
Sonstige Bürgermeisterin			

3. Festsetzung der Umlagekosten 2022 und Änderung der Satzung der Stadt Billerbeck zur Umlage der Kosten der Gewässerunterhaltung gemäß § 64 LWG NRW vom 14.12.2017;

4. Änderungssatzung

Herr Wiesmann verweist auf die Sitzungsvorlage und bittet Frau Lammers um Erläuterung. Frau Lammers erläutert, dass sich lediglich minimale Änderungen im Cent-Bereich ergeben haben. Leider habe sich bei der tabellarischen Darstellung in der Sitzungsvorlage der Fehlerteufel eingeschlichen. Frau Lammers weist auf die versehentlich falsche Jahreszahl in der rechten Spalte hin. Es muss natürlich 2022 dort stehen.

Beschlussvorschlag für den Rat:

- a) Die der Sitzungsvorlage beigefügte Nachkalkulation für die Gebührenbedarfsberechnungen 2020 wird zur Kenntnis genommen und beschlossen. Die entstandene Überdeckung wird dem bilanziellen Sonderposten für Gebührenaussgleich zugeschrieben.

- b) In Anwendung des § 6 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes werden die in dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich enthaltenen Überdeckungen aus den Jahren 2020 i.H.v. 1.010,81 € in der Gebührenbedarfsberechnung 2022 berücksichtigt.
- c) Die in der Anlage beigefügte Gebührenbedarfsberechnung 2022 wird zur Kenntnis genommen.
- d) Die 4. Änderung der Satzung der Stadt Billerbeck zur Umlage der Kosten der Gewässerunterhaltung gemäß § 64 LWG NRW wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Mitteilungen

4.1. Errichtung Stromtrasse - Frau Besecke

Frau Besecke erläutert, dass eine Gleichstromverbindung zwischen Nordsee und Ruhrgebiet errichtet werden soll, die dann Richtung Ruhrgebiet führen wird. Der Vorhabenträger ist AMPRION. Ziel der Planung ist es, Strom von Windkraft an der Nordsee ins Ruhrgebiet zu transportieren. Das Vorhaben soll vorwiegend als Erdkabel geplant werden und ab 2030 in Betrieb gehen. Es gibt verschiedene Varianten der Trassenführung, u.a. auch eine Variante die Billerbeck betrifft. Der Bereich Beerlage und östlich von Billerbeck wäre betroffen. Frau Besecke weist darauf hin, dass es sehr viele Restriktionspunkte gibt, die alle berücksichtigt werden müssen. Die Stadt Billerbeck wäre dann Beteiligte. Eine Bürgerinformationsveranstaltung vom Vorhabenträger wird am 09.11.2021 durchgeführt.

4.2. Radwegesanieierung Billerbeck - Rorup - Herr Holthausen

Herr Holthausen teilt mit, dass er erfreuliche Nachrichten von Straßen NRW hat bzgl. der Radwegesanieierung Billerbeck – Rorup. Zunächst war nur die Sanierung innerorts geplant. Straßen NRW hat aber noch Haushaltsmittel zur Verfügung. Der Mitteilung von Straßen NRW entsprechend soll nach der bereits erfolgten Sanierung in der geschlossenen Ortslage von Billerbeck soll nun im weiteren Verlauf der Abschnitt bis zur K 54 Ludgerusweg saniert werden. Diese Arbeiten sollen in zwei Bauabschnitten erfolgen. Der erste Abschnitt von der Einmündung K 54 bis etwa Station 1420 soll kurzfristig etwa Ende Oktober in Angriff genommen werden.

5. Anfragen

5.1. Geschwindigkeitsüberwachung Fahrradstraße - Herr Kösters

Herr Kösters erläutert, dass sich ein Anlieger an die Stadt gewendet hat und zwar bzgl. einer Geschwindigkeitsüberwachung im Bereich der Fahrradstraße. Angeblich wurde von der Stadt was aufgestellt (Tafel). Interessant findet Herr Kösters, ob hier Messergebnisse vorliegen und diese zur

Verfügung gestellt werden können. Des Weiteren stellt sich ihm die Frage, ob weitere Maßnahmen geplant sind.

Herr Holthausen ist der Sachverhalt nicht bekannt. Er gibt diesen mit der Bitte um Klärung an das Ordnungsamt weiter.

5.2. Radweg entlang der K 72 - Herr Kösters

Herr Kösters betont nochmals, dass es schön gewesen wäre, wenn grad heute die Bezirksregierung im Rahmen der Flurbereinigung da gewesen wäre. Ihm ist mitgeteilt worden, dass auf der Beerlage an der Kreisstraße der Radwegebau stoppt. Hintergrund sei eine Klage. Es handelt sich um einen Radweg, der im Rahmen der Flurbereinigung entstehen soll und entlang der K 72 geführt wird.

Herr Holthausen teilt mit, dass ihm keine Gründe hierfür bekannt seien und versucht Klärung über die Kreisverwaltung (FB Straßenbau und Straßenunterhaltung) zu erlangen.

Nach telefonischer Rücksprache mit der Kreisverwaltung kann mitgeteilt werden, dass dem zuständigen FB 66 keine Klagen gegen den genannten Radweg bekannt sind.

Werner Wiesmann
Ausschussvorsitzender

Ute Höning
Schriftführerin